



Freitag, 27. September 1974

Blatt 2335

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal:
(rosa) Bezirksvertretung Ottakring begrüßt Stadt-
erneuerung
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Ausstellung "100 Jahre Favoriten" eröffnet
Eröffnung eines europäischen Zentrums für
soziale Wohlfahrt
- Lokal:
(orange) Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche:
Neuer Belag für die Altmannsdorfer Straße,
Altmannsdorfer Straße erst ab 7. Oktober
teilweise gesperrt
- Kultur:
(gelb) Hans Mandl zum Gedenken
Die Maulbertsch-Ausstellungen schließen
am Sonntag

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

von 7.30 bis 19.30, Sa. 10.00 bis 17.00, So. 14.00
bis 17.00 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

bezirksvertretung ottakring begrüsst stadterneuerung

5 wien, 27.9. (rk) die bezirksvertretung ottakring beschloss donnerstag einstimmig die stadtbauamtsdirektion zu ersuchen, fuer das gebiet zwischen ottakringer strasse, eisnergasse, gruellemeiergasse (nur nr. 19 und 21), friedrich kaiser-gasse, kuffnergasse, thaliastrasse, schuhmeier-platz und wattgasse voruntersuchungen einzuleiten, ob die voraussetzungen fuer die erlassung einer verordnung der landesregierung im sinne des stadterneuerungsgesetzes (erklaerung zum assanierungsgebiet) gegeben sind.

die bezirksraete aller fraktionen begrüessten einmuetig diese entscheidung. sie erwarten sich von der bereits am montag, dem 30. september, beginnenden information einen guten kontakt mit der bevoelkerung. ein informationsbus wird - wie berichtet - mit sachkundigen beamten den bewohnern des genannten gebiets in den naechsten wochen von montag bis freitag von 14 bis 18 uhr und samstag von 9 bis 12 uhr in der lambertgasse vor den haeusern 12 bis 16 zur verfuegung stehen. jeder bewohner des stadterneuerungsgebietes kann seine meinung sagen, seine wuensche und vorstellungen bekanntgeben. es wird auch moeglich sein, beim bus mit bezirksvertretern (auch ueber andere probleme) zu sprechen.

1033

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

neuer belag fuer die altmannsdorfer strasse

1 wien, 27.9. (rk) am montag kommender woche beginnen belagsarbeiten in der altmannsdorfer strasse zwischen anton baumgartnergasse und meischlgasse. die folge davon ist, dass waehrend der sechswoechigen bauzeit der verkehr in beiden richtungen auf jeweils einer richtungsfahrbahn abgewickelt werden muss.

in 30 bis 40 naechten wird ab kommender woche bis ende jaenner die triester strasse jeweils zwischen 20 und 5 uhr im bereich der erlaaer strasse nur halbseitig befahrbar sein, weil ein grosskalibriges rohr der wasserwerke verlegt werden muss.

schliesslich beginnen die oebb ab 1. oktober mit der sanierung des kreuzungsbereiches zwischen klederinger strasse und donau-laendebahn. der verkehr muss seitlich auf einer ersatzspur ausweichen, auf der mit hilfe einer lichtsignalanlage die fahrzeuge wechselweise in beiden richtungen durchgeschleust werden.

0933

k u l t u r :

=====

hans mandl zum gedenken

3 wien, 27.9. (rk) am kommenden samstag, dem 28. september, wuerde sich der geburtstag des ehemaligen wiener vizebuergersmeisters und kulturstadtrates h a n s m a n d l zum 75. mal jaehren.

mandl wurde in szegedin in ungarisch geboren, absolvierte die lehrerbildungsanstalt und wurde im fruehling 1918 kurz vor kriegsende zur oesterreichisch-ungarischen armee eingezogen. nach dem ende des ersten weltkrieges ging mandl nach wien, wo er im februar 1919 als volksschullehrer angestellt wurde und 1921 seine lehrbekaefigungspruefung ablegte. von 1926 an leitete er das groesste jugendheim der stadt wien, das jugendheim sandleiten in ottakring, von 1929 bis 1934 war er dozent am paedagogischen institut. 1934 wurde er als lehrer rueckversetzt und legte 1936 die lehrbekaefigungspruefung fuer hauptschulen ab.

1942 wurde mandl wegen illegaler taetigkeit unter hochverratsanklage gestellt. das verfahren wurde zwar im folgenden jahr eingestellt, doch folgte nun seine strafversetzung nach lodz in polen. im november 1943 durch einen bombentreffer schwer verletzt, verbrachte hans mandl einen grossen teil der restlichen kriegszeit im lazarett.

nach der befreiung wiens wurde hans mandl 1945 zum bezirksschulinspektor von ottakring ernannt und begann mit dem neuaufbau des pflichtschulwesens im 16. bezirk. im september desselben jahres wurde ihm der neuaufbau des wiener berufsschulwesens uebertragen. zu diesem zweck wurde mandl 1946 auch als leiter der abteilung 3 des wiener stadtschulrates berufen, es folgten 1948 seine ernennung zum provisorischen und 1949 zum definitiven landesschulinspektor fuer berufsschulwesen, in welchen funktionen er das gesamte wiener berufsschulwesen reorganisierte.

hans mandl wurde gleichzeitig zum gruender der sogenannten schulgemeinde, die wertvolle erziehungsarbeit leistete.

im dezember 1949 wurde hans mandl amtsfuehrender stadtrat fuer kultur und volksbildung. 1954 wurde der geschaeftsgruppe 3,

der er vorstand, auch die schulverwaltung eingegliedert. von 1959 bis 1964 bekleidete hans mandl auch die funktion eines vize-buergermeisters der stadt wien. am 20. dezember 1965 trat er in den ruhestand.

schon als junger lehrer war hans mandl 1922 zu den oesterreichischen kinderfreunden und zur sozialdemokratischen partei gestossen. nach der gruendung der roten falcken war er bis 1934 deren erster mitarbeiter und bundesverantwortlicher, nach 1945 wurde mandl mit dem wiederaufbau der oesterreichischen kinderfreunde betraut und 1964 zu ihrem bundesobmann gewaehlt.

1955 bekam stadtrat hans mandl den titel 'hofrat' verliehen, 1962 verlieh ihm der bundespraesident das grosse goldene ehrenzeichen mit dem stern fuer verdienste um die republik oesterreich und 1964 wurde hans mandl durch gemeinderatsbeschluss zum buerger der stadt wien ernannt. nach seinem tod am 22. oktober 1970 wurde er in einem ehrenggrab der stadt wien auf dem zentralfriedhof beigesetzt.

0942

k u l t u r :

=====

die maubertsch-ausstellungen schliessen am sonntag

2 wien, 27.9. (rk) am kommenden sonntag wird die ausstellung 'franz anton maubertsch' ihre pforten schliessen. damit geht die groesste kunstaussstellung, die je in oesterreich einem einzelnen maler gewidmet war, zu ende. die ausstellung, die auf initiative des wiener kulturamtes von den bundeslaendern wien, niederoesterreich und burgenland sowie von den bundesministerien fuer unterricht und kunst und wissenschaft und forschung veranstaltet und vom wiener kunstverein organisiert wurde, haben seit ihrer eroeffnung mitte mai rund 130.000 menschen gesehen. eine verlaengerung, an die wegen des in den letzten wochen besonders starken besucherstromes gedacht worden war, konnte von seiten der leihgeber nicht verwirklicht werden.

zugleich mit der grossen maubertsch-ausstellung im wiener piaristenkloster, im burgenland und in niederoesterreich, geht auch die begleitausstellung 'wien zur zeit von franz anton maubertsch', die vom historischen museum der stadt wien veranstaltet wird, am kommenden sonntag zu ende. diese begleitausstellung, die einen kulturhistorischen background zur zeit von franz anton maubertsch anbietet, konnte in der zeit seit ihrer eroeffnung ende juni ebenfalls an die 15.000 besucher verzeichnen.

0936

Wiener Landtag
=====

Wien, 27.9. (RK) Unter Vorsitz seines ersten Präsidenten Maria Hlawka trat Freitag um 10 Uhr der Wiener Landtag zu seiner 10. Sitzung zusammen. Es lag nur eine Anfrage der FPÖ vor. Ein Antrag der ÖVP betreffend Änderung der Gemeinderatswahlordnung durch Einführung der Briefwahl wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Anschließend gelangten zwei Gesetzesänderungen zur Verhandlung: Zunächst die Vorlage des Gesetzes, mit dem die Pensionsordnung 1966 geändert wird. Wie Stadtrat Heller (SPÖ) als Berichterstatter erklärte, sieht diese Novellierung unter anderem vor, daß bei Waisenversorgungsgenüssen kein Ruhen mehr eintritt, wenn der Bezieher während der Ferien einer Beschäftigung nachgeht.

Abstimmung: einstimmige Annahme in 1. und 2. Lesung.

Die zweite Vorlage betrifft die Änderung der Besoldungsordnung 1967. Stadtrat Heller erklärte, daß damit die Höhe der Karrenzgelder während des Mutterschaftsurlaubs generell mit einem Entgelt in der Gehaltsstufe II, Dienstklasse V, festgelegt wird. Verheiratete Frauen bekommen demnach 2.017 S, alleinstehende Mütter 3.025 S. Als einziger Debattenredner begrüßte LAbg. Köchler (ÖVP) die Novellierung und bezeichnete sie als Vorbild für die anderen Dienstnehmer im öffentlichen Dienst. Es sei aber notwendig, weitere Klüfte im Dienstrecht der öffentlich Bediensteten zu beseitigen.

Abstimmung: einstimmige Annahme in 1. und 2. Lesung.

Letzter Tagesordnungspunkt war ein Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses vom 25. September 1974 auf Bestätigung von LAbg. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) als Mitglied des Aufsichtsrates der Raiffeisenbank reg. Gen.mbH., auf Bestätigung von LAbg. Kommerzialrat Dkfm. Dr. Erich Ebert (ÖVP) als Mitglied des Aufsichtsrates der DATASERVICE Ges.mbH. und der KLEA Terrain- und Bau A.G. sowie der Bestätigung des LAbg. Ing. Walter Hofstetter (SPÖ) als Mitglied des Aufsichtsrates der Auhof-Autobahn-Station-Betriebs Ges.mbH. und der Stubnerkogel-Bergbahngesellschaft mbH.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 27.9. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz trat nach der Sitzung des Landtages der Wiener Gemeinderat zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen.

Es lagen je zwei Anfragen von ÖVP und FPÖ vor sowie Anträge der FPÖ über Wechsellspuren in Hauptverkehrsstraßen, Senioren-Monatskarten bei den Verkehrsbetrieben, eine Lichtsignalanlage Stadiongasse-Reichsratsstraße, über die Gestaltung von Rasenflächen, über Gruppenpraxen für Ärzte und über die Rohstoffrückgewinnung aus dem Hausmüll vor. Die ÖVP hatte vier Anträge über eine Kommission zur Gestaltung der Donauinsel beziehungsweise eine Volksbefragung, zur stufenweisen Einführung des Nulltarifs in Kindergärten, zur Verwendung besserer Desinfektionsmittel in den Bädern und über Sport- und Spielanlagen auf dem Gelände der WTG eingebracht.

Neue Gemeinderäte

Anschließend wurden zwei neue ÖVP-Gemeinderäte, Hannes Prohaska und Kommerzialrat Franz Blauensteiner angelobt. Sie nehmen die Stellen von Dr. Drenning, der wegen seiner Bestellung zum Vorstandsmitglied der Gemeinde-Holding ausgeschieden ist, und von Kommerzialrat Matza, der aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat zurückgelegt hat, ein. Der Bürgermeister sprach den ausgeschiedenen Gemeinderäten den Dank aus.

Diskussion um Kleingärten

Die ersten beiden Tagsordnungspunkte wurden gemeinsam von Stadtrat Fritz Hofmann referiert und betrafen zwei Flächenwidmungsänderungen in Favoriten: ein Gebiet des Laaer Berges muß umgewidmet werden, um die Trasse für die Bundesstraße B 225 freizumachen, wobei gleichzeitig im Bereich der Löwygrube drei neue Kleingartenanlagen entstehen sollen. Die zweite Widmung betrifft ein Gebiet des Wienerberges, das derzeit die Kleingartenanlage "Am Brunnenweg" umfaßt und künftig für den Bau von rund 1.400 Wohnungen dienen soll.

Stadtrat Hofmann erinnerte daran, daß er schon 1971 gemeinsam mit dem damaligen Liegenschaftsstadtrat Dkfm. Hintschig ein Kleingartenkonzept vorgestellt habe, das auf die Erhaltung und sogar Ver-

größerung der Gesamtflächen für die Kleingärten abzielte.

Die Vergleichszahlen von Ende 1968 mit denen am 1. September 1974 bestätigten, daß dieses Ziel erreicht worden sei: Vor sechs Jahren habe es - ausschließlich auf städtischem Grund - 20.143 Parzellen auf 5.879.557 Quadratmeter gegeben, derzeit seien es 20.225 Parzellen auf 5.927.032 Quadratmeter. Kleingärten gebe es natürlich nicht nur auf städtischem Grund, doch sei die Erwerbung geeigneter Flächen durch die Stadt wegen der geringen Verkaufsbereitschaft anderer Eigentümer überaus schwierig. Die Stadtplanung werde natürlich Kleingartenflächen auch dort ausweisen, wenn der Grund nicht der Stadt gehöre, weil eine städtebaulich geordnete Entwicklung auf das Grundeigentum nicht Rücksicht nehmen könne. Derzeit seien zahlreiche Flächen in Untersuchung, ob sie als Kleingartenanlagen geeignet seien. Bei einigen seien die Untersuchungen schon positiv abgeschlossen. Danach könnten auf städtischen Grundflächen rund 750 und auf Grundstücken im Bundes- oder Privatbesitz weitere 1.200 Kleingärtner angesiedelt werden.

Hofmann beschäftigte sich auch mit den wilden Siedlungen, wobei er diesen Ausdruck als "häßlich" bezeichnete und auf deren Entstehung in der Folge zweier Weltkriege erinnerte. Eine Expertenkommission des Magistrates berate derzeit eine Änderung der Bauordnung mit dem Ziel, diese Siedlungen rechtlich zu sanieren. Davon ausgenommen würden freilich jene in Streulage und im Wald- und Wiesengürtel sein. Außerdem sei beabsichtigt, einen neuen Begriff "Gartensiedlung" in die BO einzuführen, um dem Bedürfnis der Bevölkerung nach ganzjährig nutzbaren Siedlungshäusern zu entsprechen. Als Mindestwohnungsgröße sind 35 Quadratmeter vorgesehen, die verbaute Fläche solle mindestens 50 Quadratmeter, besser jedoch mehr, ausmachen.

Was nun die Siedlung "Am Brunnenweg" angehe, so habe der damalige Bürgermeister Slavik schon im Juli 1971 Gemeinderat Hahn eine Liste jener Kleingartenanlagen übergeben, die abgesiedelt werden müßten. Darunter war auch die Siedlung Am Brunnenweg. Auf jeden Fall werde von der Stadt bei Absiedlungen immer Ersatzland bereitgestellt, die Verhandlungen mit dem Kleingartenverband - erst dieser Tage wiederum - seien positiv verlaufen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) widersprach als erster Debattenredner der Auffassung, zwischen den beiden Flächenwidmungen bestünde ein innerer Zusammenhang. Die erste betreffe die Trassierung einer Bundesstraße und die Schaffung dreier neuer Kleingartenanlagen, die zweite - räumlich drei Kilometer weiter situiert - betreffe eine Wohnverbauung. Dafür müßten 330 Kleingärten abgesiedelt werden. Die Situation wäre wesentlich anders, hätte man rechtzeitig mit den Siedlern Am Brunweg diskutiert und ihnen Ersatzflächen angeboten. Aber außer vagen Andeutungen habe es nichts gegeben, obwohl der Antrag an den Gemeinderat bereits vor zwei Jahren fertiggestellt worden sei. Von einer Partizipation, von der so oft die Rede sei, sei man meilenweit entfernt. Auch habe man sich um die Einwände der Siedler nicht gekümmert und noch im Mai des Vorjahres einer Frau, die in der Anlage eine Parzelle erworben habe, erklärt, die Anlage sei nicht gefährdet. Abschließend beantragte Hirnschall, der Flächenwidmungsantrag bezüglich der Wohnungsverbauung solle an den zuständigen Ausschuß zurückverwiesen werden, damit die Einwände der Siedler ordentlich behandelt würden und man ihnen Ersatzflächen anbiete.

Die Absiedlung der Anlage Am Brunweg erhitze die Gemüter der Favoritner Kleingärtner, erklärte GR. Arthold (ÖVP) als nächster Debattenredner. Das theoretische Kleingartenkonzept, das Stadtrat Hofmann heute entwickelt habe, hätte er schon 1969 oder 1970 vorstellen sollen.

Auf die Frage, ob er für Wohnungen oder Kleingärten sei, könne er **nur** antworten, er sei für beides. Die ÖVP könne einem Entweder-Oder nicht zustimmen. Der Versuch, fuhr Arthold fort, Wohnungsuchende gegen Kleingärtner auszuspielen, sei ein schmutziger Auswuchs der politischen Auseinandersetzung. Der Ruf nach einem neuen Bodenrecht der Sozialisten und nach einem Assanierungsgesetz sei erfüllt worden, und es sei nicht wahr, daß es in Wien zu wenig Bauland gäbe. Im Rechnungshofbericht sei angeführt, daß die Baulandreserve der Stadt 47 Millionen Quadratmeter ausmache.

Absiedlungen seien vielleicht manchmal nötig. Aber man müsse die Probleme menschlich lösen. Den Siedlern des Brunwegs habe man jedenfalls lange Zeit nichts gesagt. Und die nun gepriesene Ersatzlösung Löwygrube diene schon seit zwei Jahren als Alibi, denn sie wurde auch als Ersatzfläche für jene 500 Klein-

gärtner genannt, die im Zuge des Autobahnbaues abgesiedelt werden müssen. Es spreche nicht für die Stadt Wien, daß sie mit Kleingärtnern nur vor Gericht spreche, wie dies in Favoriten der Fall sei. Von einer Demokratisierung der Planung, wie sie Bürgermeister Gratz angekündigt habe, sei jedenfalls nichts zu spüren.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) erklärte als letzte Debattenrednerin, durch diese beiden neuen Flächenwidmungen würde die städtebauliche Entwicklung in Favoriten folgerichtig fortgesetzt. Auch sie bedauere es, daß die Siedler vom Brunnweg ihre Parzellen räumen müßten, doch habe es sich die SPÖ bei ihrer Entscheidung nicht leicht gemacht. Die Volkspartei trage keine Verantwortung und könne daher alles versprechen und müsse nichts einhalten. Im vorliegenden Fall hätten die verschiedenen Interessen sorgfältig abgewogen werden müssen. Was die Informationslücke angehe, sei die Absiedlung seit 1971 bekannt gewesen, der Favoritner Bezirksvorsteher habe oft in Versammlungen darüber gesprochen und die Stadt habe mit dem einzig kompetenten Partner, dem Zentralverband der Kleingärtner, verhandelt. In der Bezirksvertretung habe überdies die ÖVP dem Antrag zugestimmt.

Im Schlußwort erklärte Stadtrat Ing. Hofmann, das Konzept sei nicht bloß theoretisch, da im Sitzungssaal schon die Pläne zu sehen seien. Die Volkspartei mache es sich leicht. Würden landwirtschaftliche Flächen einer anderen Nutzung zugeführt, gäbe es einen Protest, der gleiche Vorgang wiederhole sich bei Kleingärten. Andererseits würde auch protestiert, weil zu wenig Wohnungen gebaut würden. Da Wien aber über kein Niemandsland verfüge, müßten Prioritäten gesetzt werden. Die vorgeschlagene Verbauung liege überdies in der wünschenswerten Entwicklungsachse. Was die Absiedlung von Kleingärtnern angehe, habe es sich gezeigt, daß nur jeder zweite eine Ersatzfläche anspreche. Und es gäbe keinen Kleingärtner, der, hätte er es gewünscht, keine Ersatzfläche bekommen würde.

Abstimmung: Die Flächenwidmung über die drei neuen Kleingartenanlagen und die Straßentrasse wurde einstimmig beschlossen, die zweite Flächenwidmung über die Wohnverbauung bloß mit den Stimmen der SPÖ gutgeheißen und die Rückverweisung des Aktes an den Ausschuß abgelehnt.

Flächenumwidmung

Flächenumwidmungen im 21. Bezirk für die Errichtung eines Geschäftszentrums und für Wohnungsneubauten nahm der Gemeinderat als Antrag von GR. Bednar (SPÖ) einstimmig an.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) bemängelte jedoch, daß bei Flächenwidmungen dieser Größenordnung das Verfahren so langwierig sei und die genaue Einhaltung der Vier-Jahresfrist mitunter Nachteile bringe. Die Flächenwidmung für das Geschäftszentrum komme deshalb schon sehr spät, da mittlerweile ein neues Großkaufhaus am Pius Parsch-Platz eröffnet wurde und für ein weiteres Kaufhaus bereits die Grundaushhebung begonnen habe. Im Schlußwort unterstrich GR. Bednar, daß man bei der Zentrumsplanung in Floridsdorf nicht vorsichtig genug vorgehen könne und daß andererseits die Bezirksvorstehung in jahrelangen Verhandlungen mit den Geschäftsleuten nicht vorangekommen sei.

Büroräume

Der nächste Antrag betraf die Miete von rund 3.000 Quadratmeter Büroräumen in der Josefstädter Straße 18 für die städtische Wohnhausverwaltung. Der Antrag von GR. Lustig (SPÖ) fand die Zustimmung von SPÖ und ÖVP. GR. Krenn (FPÖ) verweigerte für seine Partei die Zustimmung, da ihm die Informationen über den Verwendungszweck der Amtsräume nicht präzise genug erschienen.

Geld für Gaswerke

Einstimmig angenommen wurde sodann der Antrag von Gemeinderat Busta (SPÖ), den Gaswerken zur Überbrückung einer Liquiditätsenge 40 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) benützte den Antrag zu grundsätzlichen Bemerkungen über die Gefährlichkeit des als umweltfreundlich propagierten Erdgases. Er forderte dringend vor Einbruch des Winters eine Information der Bevölkerung über die Gefahr einer Stickoxydvergiftung in schlecht durchlüfteten Räumen. Diese Bemerkungen veranlaßten den Vorsitzenden Schreiner zur Feststellung, daß die an sich sehr wertvollen Äußerungen nichts mit der Liquiditätsenge der Gaswerke zu tun hätten.

Büromaschine

Ein bereits vom Stadtsenat vorgenehmigter Ankauf einer Schneide-, Falz- und Kuvertieranlage für das Büro für Organisation der automatischen Datenverarbeitung (BOD) - Referent: Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) - wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP genehmigt. Kostenpunkt: 1,1 Millionen Schilling.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) verweigerte namens seiner Partei die Zustimmung aus grundsätzlichen Erwägungen: für den Ankauf eines solchen Apparates bestehe nicht die Notwendigkeit, den Notparagrafen 98 der Stadtverfassung anzuwenden. Die Tatsache, daß in dieser Sitzung mehr als 30 Beschlüsse mit Kosten von rund 160 Millionen Schilling nach der Genehmigung durch den Stadtsenat vom Gemeinderat nachträglich sanktioniert werden sollen, bezeichnete der Redner als eine Mißachtung des Gemeinderats und laufende Verletzung der demokratischen Spielregeln.

GR. Dr. Wöber appellierte im Schlußwort ebenfalls an Bürgermeister und Stadtsenat, künftig die Rechte des Gemeinderates verstärkt zu berücksichtigen.

Grünplanung

Den Antrag von GR. Stockinger (SPÖ), Prof. Dr. Friedrich Woess mit der Ausarbeitung der Grün- und Landschaftsplanung für den 19. Bezirk zu beauftragen, nahm GR. Jedletzberger (ÖVP) zum Anlaß, um die Situation des Weinbaues im Bundesland Wien zu skizzieren. Jedletzberger bezeichnete es als erfreulich, daß die Weinbaugebiete in zunehmendem Maße in das Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel einbezogen werden. Die frühere Widmung der Weinbaugebiete als Grünland - ländliches Gebiet - habe die Landschaft gefährdet. GR. Stockinger verstärkte in seinem Schlußwort den Debattenbeitrag seines Vorredners mit dem Hinweis, daß auch dieser Antrag ein Beweis für die positive Grünflächenpolitik der Stadtverwaltung sei. Die Landwirtschaft spiele in dieser Grünflächenpolitik eine bedeutende Rolle. Abstimmung: einstimmig angenommen.

Wohnhausanlage

Wie die RK vor einigen Tagen berichtete, soll an der Mitterhofgasse in Floridsdorf eine große Wohnhausanlage errichtet werden, bei der durch einen Zeit- und Kostenplan auch die infrastrukturellen Einrichtungen von vornherein mitgebaut und im richtigen Augenblick fertig werden. GR. Rautner (SPÖ) stellte nun im Gemeinderat den Antrag auf Errichtung dieser 1.400 Wohnungen umfassenden Anlage. Als Gesamtkosten sind 833 Millionen vorgesehen. GR. Wiesinger (SPÖ) wollte diese Anlage als bedeutenden Fortschritt im traditionsreichen Wiener Wohnungsbau gewertet wissen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. Elisabeth Schindler (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Baukosten für ein provisorisches Haus der Begegnung beim Herderpark in Simmering. GR. Neunteufel (ÖVP) stellte im Namen seiner Fraktion die Richtigkeit dieses Projektes in Frage. Seiner Meinung nach sei die Bevölkerung gegen die Realisierung dieses Provisoriums. Er ließ den Verdacht durchklingen, daß die Räume dieses Hauses nach Fertigstellung des endgültigen Hauses der Begegnung in Simmering von der Bezirksorganisation SPÖ genutzt würden und dies eine versteckte Parteifinanzierung sei.

GR. Hatzl (SPÖ) wies diese Vorwürfe zurück. Die Errichtung dieses Provisoriums sei notwendig, um für die Bevölkerung möglichst rasch Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und zur Weiterbildung zu schaffen. So weit er die Situation kenne, wisse er nur von Unzufriedenheit darüber, daß dieses provisorische Haus der Begegnung noch nicht fertig sei. Hatzl beschuldigte die ÖVP der Doppelzüngigkeit: sie sei im Bezirk für die möglichst rasche Adaptierung dieses Gebäudes in unmittelbarer Nähe des Herderparkes, im Gemeinderat aber dagegen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Abänderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen

GR. Hermine Fiala (SPÖ) beantragte die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Teilgebiet des 12. Bezirkes zwischen Breitenfurter Straße - Untere Meidlinger Straße und Oswaldgasse, wobei eine Umdwidmung vom bisherigen Industriebaugebiet auf Betriebsbaugebiet erfolgen soll.

GR. Hoffmann (ÖVP) wies in seiner Stellungnahme darauf hin, daß seine Fraktion einige Teilaspekte dieser Umwidmung, wie die Schaffung eines Fußgängerüberganges über die Breitenfurter Straße und die Südbahn, die Entlastung der verkehrsreichen Wienerbergstraße und die Sicherung von vorhandenen Grünflächen wohl begrüße, dem Antrag aber die Zustimmung verweigern müsse, weil durch die ebenfalls enthaltene Beschränkung der Bauhöhe auf zwölf Meter dort bestehende Industrieanlagen gefährdet sein könnten. Wie der Redner ausführte, könnten durch diese Beeinträchtigung die Betriebe an einem existenziellen notwendigen Ausbau von Anlagen behindert werden, eine Tatsache, der gerade in einem Zeitpunkt, da die westlichen Industrienationen von Gewitterwolken bedroht seien, besondere Bedeutung zukomme.

GR. Edlinger (SPÖ) wies darauf hin, daß durch diese Neuregelung Betriebe rechtzeitig vor Fehlinvestitionen in Millionenhöhe abgehalten werden könnten, während die bisherige Regelung ein solches Einschreiten erst ermöglicht habe, wenn solche Investitionen bereits erfolgt waren. Im übrigen dürften bei aller Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung eines Gebietes doch nicht die städtebaulichen Aspekte und die ökologischen Bedingungen außer acht gelassen werden. Mit der neuen Regelung habe nun der Gemeinderat die Möglichkeit, Bauvorhaben, die solchen städteplanerischen und ökologischen Gesichtspunkten zuwiderlaufen, zu verhindern.

In ihrem Schlußwort wies die Berichterstatterin darauf hin, daß diesem Einspruchsrecht städteplanerischer und umweltschützender Interessen vorrangige Bedeutung zukommen müsse, und daß im übrigen bei entsprechenden Argumenten natürlich Ausnahmeregelungen getroffen werden könnten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Berichterstatter GR. Ing. Nedwed (SPÖ) referierte über die Umwidmung des nördlichen Teiles des 15. Bezirkes von bisher gemischtem Baugebiet in Baugebiet der öffentlichen Hand für Schulen und ähnliche Einrichtungen, Wohnbaugebiet und Geschäftsbaugebiet.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) erklärte namens seiner Fraktion hiezu, daß eine solche Umwidmung nicht notwendig sei, da die hier angesiedelten Betriebe mit einer einzigen Ausnahme keinerlei umweltfeindliche Emissionen verursachten. Im übrigen sei es bedenklich, durch die Deklaration eines Bezirksteiles zu einem reinen Wohngebiet die arbeitende Bevölkerung dieses Bezirkes zum Pendeln zu Arbeitsstätten in andere Bezirke zu zwingen. Damit würden zusätzliche Probleme und Kosten für die Verkehrsversorgung der Gesamtstadt geschaffen.

GR. Outolny (SPÖ) wies darauf hin, daß die Bewohner des 15. Bezirkes durch die vorhandenen Industriebetriebe im Gegensatz zur Aussage seines Vorredners sehr stark belästigt würden, was nicht zuletzt durch die zahlreichen anhängigen Verfahren bewiesen werde. Im übrigen beweise die erst in diesem Frühjahr erfolgte Aufstockung von finanziellen Mitteln für die Neuansiedlung, den Ausbau und die Umsiedlung von Industriebetrieben, daß die Stadt Wien durchaus Beiträge zur Schaffung und Erhaltung einer gesunden Wirtschaftsstruktur leiste. Im übrigen habe die Bundeskammer im 15. Bezirk durch eine ausgesprochene Hetzkampagne eine sachliche Diskussion verhindert.

In seiner zweiten Wortmeldung bestritt GR. Dr. Mayr (ÖVP) diese Behauptung und stellte dazu fest, die Interessensvertretung habe ihre Mitglieder nur auf das Vorhandensein solcher neuer Flächenwidmungspläne aufmerksam gemacht, was ihre Verpflichtung sei. GR. Gawlik (SPÖ) wies darauf hin, daß die Umwidmung der Flächen des nördlichen 15. Bezirkes nicht mutwillig erfolge, sondern eine unumgängliche Voraussetzung der dort nötigen Assanierung sei. Gerade die ÖVP, die immer gegen die Neuansiedlung vor allem älterer Mieter in anderen Bezirken sei, müsse doch bei der bekannten Überalterung des 15. Bezirkes an einem Vorgehen, daß diese Umsiedlung verhindern soll, interessiert sein.

In seinem Schlußwort wies der Berichterstatter darauf hin, daß solche Entscheidungen nicht zu parteipolitischen Fragen werden dürfen, sondern daß die Stadtplanung im Hinblick auf höhere Lebensqualität der Wohngebiete absoluten Vorrang haben müsse.

Beide Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Stabilisierungsmaßnahmen

Stadtrat Mayr (SPÖ) stellte den Antrag, als Stabilisierungsmaßnahme für den Erwerb von Wertpapieren bei der Österreichischen Nationalbank im Voranschlag 1975 vorzusorgen.

GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) nahm dies zum Anlaß, sich mit der, seiner Meinung nach, ständig sinkenden Kaufkraft auseinanderzusetzen. Er warf der Bundesregierung mangelnde Stabilisierungsmaßnahmen vor. Leider sei diese stille Inflation auch bereits im Wiener Budget spürbar. Der Debattenredner stellte den Antrag, die Finanzverwaltung möge künftighin in vierteljährlichen Abständen dem Gemeinderat detaillierte Berichte zur Verfügung stellen. Abschließend stellte er eine Reihe von Anfragen, die das Finanz- und Kreditwesen der Stadt Wien betrafen. Stadtrat Mayr wies in seinem Schlußwort auf den Umstand hin, daß die Inflation heute zu einem weltweiten Problem geworden sei. Dennoch, und das sei erfreulich, nehme Österreich den fünfbesten Platz unter den OECD-Ländern ein. Was die Beilange der Wiener Wirtschaft betrifft, so habe, wie immer wieder bewiesen wurde, die Stadtverwaltung stets grosses Verständnis dafür bewiesen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Pavillon für geistig gestörte Rechtsbrecher

Mit 1. Jänner 1975 tritt in Österreich das neue Strafgesetz in Kraft, das die Unterbringung geistig gestörter Rechtsbrecher in eigenen Anstalten vorsieht. Bis zur Fertigstellung einer derartigen Sonderanstalt in Wien sollen die von den Gerichten eingewiesenen Personen vorläufig im Pavillon 23 des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe untergebracht werden. Die Kosten dafür werden voraussichtlich 20 Millionen betragen, wovon der Bund 75 Prozent, den Rest in der Höhe von fünf Millionen die Stadt Wien tragen wird. GR. Johanna Dohnal (SPÖ) beantragte, diese Kosten zu genehmigen.

GR. Krenn (FPÖ) bezeichnete die vorliegende provisorische Lösung als nicht sehr glücklich. Seiner Meinung nach müßte der Bund für die gesamten Kosten dieses Projektes aufkommen. Darüber hinaus wies er auch auf eventuell auftretende Schwierigkeiten im Spitalsbetrieb durch diese Sonderanstalt hin.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher (SPÖ) wies die Bedenken seines Vorredners als unbegründet zurück, da jegliche Vorsorge für den reibungslosen Spitalsbetrieb getroffen worden sei. Zur Kritik an der Kostenaufteilung: Der zusätzlich erforderliche Personalstand werde auf Kosten des Bundes erhöht werden.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Gebührenerhöhung

Zum Antrag, die Gebühren des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien zu erhöhen, der von GR. Hanke (SPÖ) referiert wurde, meldete sich GR. Gertrude Härtel (ÖVP) zu Wort. Sie wies darauf hin, daß sich diese Erhöhung gerade auf jene Kreis auswirke, die durch eine Zusatzversicherung für den Krankheitsfall zusätzlich vorgesorgt hätten. Überdies habe der Bürgermeister versprochen, daß heuer keine Gebührenerhöhungen vorgenommen werden würden. Im Schlußwort wies der Berichterstatter darauf hin, daß in 95 Prozent der Fälle diese Gebühren von den Sozialversicherungsträgern getragen würden. Auch in den restlichen Fällen, wenn es sich um soziale Notfälle handelt, würde die Sozialhilfe einspringen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Regreßverzicht

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher (SPÖ) referierte den Antrag, daß auf den Kostenersatz von Pflegegebühren gegenüber Kindern für ihre Eltern sowie gegenüber Eltern für ihre volljährigen Kinder verzichtet wird. Damit würden, so erklärte der Berichterstatter, Bestimmungen des ABGB, die seit 160 Jahren unverändert geblieben waren und die oft eine besondere Härte darstellten, gemildert.

GR. Dr. Maria Flemming (ÖVP) begrüßte die Regelung, reklamierte jedoch die Änderung als alte Forderung ihrer Fraktion. Kein Verständnis könnte jedoch dafür aufgebracht werden, daß der Regreßverzicht gewissermaßen mit einer Erhöhung der Verpflegsgebühren von 70 auf 95 Schilling gekoppelt sei, um damit den Einnahmeverlust auszugleichen.

GR. Gawlik (SPÖ) erklärte, daß die Verpflegungsgebührenerhöhung mehr als 65 Prozent der 5.751 Fälle überhaupt nicht treffe, und daß mit den 95 S noch lange nicht die echten Kosten gedeckt seien, die derzeit bei 211 S liegen. Der Redner verteidigte die Gebührenerhöhung damit, daß es notwendig sei, ein Umdenken im sozialen Denken herbeizuführen. Man könne nicht verlangen, daß etwa Hilfsarbeiterinnen mit relativ geringem Einkommen über ihre Steuerleistungen die Pflegekosten für relativ gut gestellte Pensionisten subventionieren. Im übrigen werde mit dem Regreßverzicht eine Hilfestellung für die derzeitige Kernfamilie geleistet. Die Regreßleistungen hätten oft zu Zerwürfnissen geführt. Im Schlußwort meinte Stadtrat Stacher, daß es im Grunde unwichtig sei, wer eine Idee zuerst gehabt habe. Wichtig sei, daß sie verwirklicht wird, wenn sie gut ist.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

k o m m u n a l :

=====

eroeffnung eines europaeischen zentrums fuer soziale wohlfahrt

8 wien, 27.9. (rk) im palais strudlhof wurde freitag durch vizekanzler sozialminister ing. h a e u s e r das europaeische zentrum fuer ausbildung und forschung auf dem gebiet der sozialen wohlfahrt eroeffnet. bei diesem forschungszentrum handelt es sich um eine institution, die von den vereinten nationen gemeinsam mit der oesterreichischen bundesregierung ins leben gerufen wurde. ein diesbezugliches abkommen wurde im juli dieses jahres von un-generalsekretaer dr. kurt w a l d h e i m und oesterreichs botschafter bei den vereinten nationen, peter j a n k o w i t s c h, unterzeichnet.

namens des kuratoriums konnte generaldirektor dr. k i e n z l unter anderem den ersten nationalratspraesidenten anton b e n y a wissenschaftsminister dr. hertha f i r n b e r g, den leiter der sozialabteilung der uno, jean i l i o v i c i, gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof.dr. s t a c h e r in vertretung des buergermeisters, staatssekretaer elfriede k a r l und arbeiterkammerpraesident ing. h r d l i t s c h k a sowie vertreter des diplomatischen corps begruessen.

die ziele des zentrums liegen vor allem in der foerderung von ausbildung und forschung. obwohl sich der wirkungsbereich dieses zentrums auf ganz europa erstreckt, kommt oesterreich insofern eine sonderstellung zu, als sich zwei projekte besonders mit der oesterreichischen situation befassen werden. so wird sich eines der ersten projekte mit der erhebung von bestehenden luecken im oesterreichischen wohlfahrtssystem befassen. im besonderen soll erhoben werden, welche gruppen in oesterreich nicht oder nur ungenuegend von den bestehenden einrichtungen erfasst werden und welche massnahmen nicht den beabsichtigten zweck erreichen. in enger zusammenarbeit mit den betroffenen stellen und personengruppen soll auch die ausbildungs- und forschungssituation in oesterreich durchleuchtet werden und eine ''oeffnung nach europa'' angestrebt werden.

./.

stadtrat dr. s t a c h e r unterstrich in seiner rede die bedeutung dieses zentrums. wien begruesse die gruendung dieses institutes, weil damit kuenftighin eine enge internationale zusammenarbeit auf dem sozialgebiet ermoeglicht werde. seiner meinung nach gebe es im derzeitigen sozialwesen noch immer einzelne luecken. ziel und aufgabe der naechsten zukunft muesste es daher sein, jedem buerger das 'recht auf soziale hilfe' zu sichern.

vizekanzler h a e u s e r betonte in seiner eroeffnungsansprache, dass der begriff der sozialen wohlfahrt gerade in den letzten jahren eine staendige ausweitung erfahren habe und laengst nicht mehr nur 'fuersorgefaelle' umfasse. damit diese programme zielfuehrend sind, muesste ueber traditionelle kompetenzen hinweg ein neuer gesamtheitlicher ansatz und die praktische durchfuehrung von wohlfahrtsmassnahmen entwickelt werden, der interdisziplinaer ist und auf neuen formen der zusammenarbeit zwischen politischen entscheidungstraegern, verwaltungsbehoerden, organisationen, wie auch der breiten oeffentlichkeit, beruht.

+++

k o m m u n a l :

=====

ausstellung ''100 jahre favoriten'' eroeffnet

12 wien, 27.9. (rk) frau vizebuengermeister gertrude
f r o e h l i c h - s a n d e r eroeffnete freitag nachmittag
im beisein zahlreicher politischer mandatare und favoritner
im verkehrsbauwerk keplerplatz die ausstellung ''100 jahre
favoriten'', die von nun an taeglich von 10 bis 19 uhr bei
freiem eintritt geoeffnet sein wird.

die ausstellung, die in der fussgaengerpassage im zuge der
favoritenstrasse unter der gudrunstrasse eingerichtet wurde,
gibt einen ueberblick ueber die geschichte dieses bevoelkerungs-
staerksten wiener gemeindebezirkes, wobei in bildern, statistiken
und plaenen immer wieder auf die gegenwart und die planung fuer
die zukunft bezug genommen wird. so wird versucht, einen eindruck
von der dynamischen entwicklung dieses bezirkes zu vermitteln.

einen eindrucksvollen, realitaetsbezogenen blick in die
zukunft hat man in die ausstellung eingebaut: man kann von einer
stelle aus direkt in den neuen tunnel der u-bahn unter dem
keplerplatz schauen.

1520

27. september 1974

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2357

L o k a l :

=====

ergaenzung zu den verkehrsmassnahmen:

altmannsdorfer strasse erst ab 7. oktober teilweise gesperrt

13 wien, 27.9. (rk) die bauarbeiten in der altmannsdorfer strasse werden erst ab 7. oktober dazu fuehren, dass der verkehr auf einer richtungsfahrbahn in beiden richtungen abgewickelt werden muss. in der kommenden woche werden erst vorarbeiten durchgefuehrt.

1525